

Rede

Caesar Meisters

zum

**50-jährigen Bestehen der
Bergedorf-Bille**

1998



Anrede

I

Ich danke Aufsichtsrat und Vorstand dafür, daß sie mir heute noch einmal Gelegenheit geben, auf die Gründung im Jahre 1948 eingehen zu dürfen. Noch einmal heißt: Darauf hinzuweisen, daß ich bereits vor 10 Jahren auf einem Festakt zum 40-jährigen Jubiläum umfangreiche Ausführungen zum Werden und Wachsen unserer Genossenschaft gemacht habe. Diese sind damals auch im Druck erschienen. Sie haben sicherlich Verständnis dafür, wenn ich heute auf Wiederholungen zum damaligen Vortrag weitgehend verzichte. Statt dessen will ich nur auf einige mehr wirtschaftliche Aspekte eingehen.

Wer eine Genossenschaft gründet und sie zum Erfolg führen will, braucht fünf Dinge: Nämlich die richtigen Menschen an der richtigen Stelle mit viel Idealismus, Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit, Fleiß und Sachverstand, Grundstücke als unerläßlicher Rohstoff für das Bauen und Geld, Geld und nochmals Geld.

II

Wahr ist, 1948 - bei der Gründung- waren weder Geld noch Grundstücke vorhanden. Hingegen jedoch gab es Menschen, Ausgebombte, Flüchtlinge und auch Bergedorf/Lohbrügger und Vier- und Marschländer, die erkannten, daß nach dem brutalen Chaos, das das Dritte Reich hinterlassen hatte, nur mit eigener Tatkraft und den Willen zur Selbsthilfe durch Zusammenschluß mit Gleichgesinnten der Versuch gemacht werden mußte, auf genossenschaftlicher Grundlage das Wohnungselend zu mildern.

Wie schlimm die Situation damals in Deutschland war, gibt ein Zitat des früheren amerikanischen Präsidenten Hoover wieder, der ausführte: "Dieses Volk (gemeint war das Deutsche) ist - in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit 100 Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben."

Wahr ist auch, daß heute, fünfzig Jahre nach der Gründung, unsere Genossenschaft mehr als 17.000 Mitglieder umfaßt. Nach der Mitgliederzahl sind wir die größte Baugenossenschaft in Hamburg. Nach der Wohnungsanzahl sind wir jedoch nicht die Größten: Da stehen wir etwa an vierter Stelle. Größe allein ist auch kein Maßstab. Wichtiger ist die Frage: Ist das Unternehmen als Genossenschaft gesund und wirtschaftlich stark? Und da kann mit Fug und Recht festgestellt werden: Mit einem Eigenkapitalanteil von über 40 % bei einer Bilanzsumme von einer halben Milliarde DM im fünfzigsten Geschäftsjahr sind wir die kräftigste Baugenossenschaft in Hamburg. Das ist sehr gut, aber auch notwendig und gibt uns allen die Sicherheit für künftig auf

jeden Fall härter werdende Zeiten, als wir das in den letzten 40 Jahren bisher auch als Baugenossenschaften gekannt haben.

III

Ich will aber bei meiner Eingangsbemerkung bleiben, wo ich aufzählte, was man braucht. Ich beginne mit den Menschen. "Am Anfang war das Wort", so steht es in der Bibel.

Wortgewaltig waren es damals vor allen Dingen Hermann Hackmack, Willi Iwan und Hermann Sönnichsen - inzwischen alle verstorben - die den genossenschaftlichen Impetus in sich trugen und mit Ideen und Idealismus nach vorne drängten. Von den ersten Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern sind heute hier noch anwesend:

- Werner Neben,
- Erich Johannsen,
- Rolf Wiesner
- und ich.

Geld oder Vermögen besaßen wir alle nicht. Ein anonymer Geldgeber stand und steht auch heute nicht hinter uns. Wir waren und sind ganz und gar auf uns alleine gestellt. Der Start 1948 war mehr wie kümmerlich und heute kaum noch vorstellbar. Idealismus, Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit, nicht nur im eigenen Interesse (man brauchte ja auch eine Wohnung), sondern für andere, die in gleicher Lage waren, mitzuhelfen und füreinander einzutreten, das war unser Impetus, das war aber auch der Geist, den die Gründer - und es waren ja zuerst mehr als 50 Personen - in sich trugen.

Genossenschaftliche Vorbilder gab es bereits. Die Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergedorf von 1922 und die Siedlungsgenossenschaft Nettelburg von 1920. Diese und die neue Genossenschaft "Bille" schlossen sich 1960 und 1970 zu einer großen Bergedorfer Genossenschaftsfamilie zusammen. Durch die Einigkeit sind wir im Laufe der Jahrzehnte als Genossenschaft immer stärker geworden. In den gegenwärtigen Frühlingstagen, vor 50 Jahren, fand die erste von zwei Vorbereitungskonferenzen, die der Genossenschaftsgründung vorangingen, bei "Eckermann" in Lohbrügge statt. Beide Vorbereitungskonferenzen hatte die örtliche SPD initiiert und die Zusammenkünfte als eine Art, wie sie es nannten, "Kreisdelegiertenversammlung" mit interessierten Gästen aufgezogen. Das Für und Wider wurde kontrovers mehrfach diskutiert. Hermann Hackmack und wir anderen ließen uns von Bedenken, die sicherlich nicht immer unberechtigt waren, keineswegs scheuen, und so gründeten wir am 5. 9. 1948 unsere Genossenschaft.

Dabei muß ein Mann auch noch erwähnt werden, der ebenfalls heute hier ist, nämlich Architekt Hans Ohlsen, der im Oktober/November 1948 zu der neuen Genossenschaft stieß. Er hat uns

gerade in der Gründungsphase sehr geholfen und er ist uns bis heute als Genossenschaftsvertreter freundschaftlich verbunden. Hans Ohlsen hatte die Bauerfahrungen, er war auch theoretisch/fachlich von uns allen am Bau am besten im Bilde. Er war und blieb immer ein bescheidener Mann, der auf manche Honorierung von Architektenleistungen verzichtete und uns dadurch mit in den Stand setzte, Rücklagen anzulegen.

Neben dem Engagement der Mitglieder und später der Vertreter sind gleich Hans Ohlsen auch alle anderen Personen, ob sie nun Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglieder oder Angestellte waren oder sind in ihren persönlichen Ansprüchen immer bescheiden und "auf dem Teppich" geblieben. Sie haben niemals für sich den Versuch gemacht, persönlich eine Gewinnmaximierung zu betreiben oder sich Sondervorteile zu verschaffen. Unsere Genossenschaft ist daher auch im Vergleich zu ähnlichen Genossenschaften heute in einer sehr günstigen Kostensituation bei persönlichen und sächlichen Verwaltungsaufwendungen. Diese Feststellung zeigt, daß die Personen und Personengruppen durch ihre genossenschaftliche Haltung bewiesen haben, daß sie an dem Erfolg unserer Genossenschaft einen nicht unwesentlichen Anteil hatten und haben.

IV

Wie ging es nun mit den Grundstücken ? Da ja kein Geld zur Verfügung stand, konnten wir auch keine Grundstücke kaufen. Wir mußten den Weg des Erbbaurechts gehen. Wir waren Neulinge und Habenichtse. Es ist daher nicht verwunderliche, wenn sich die Stadt zuerst nur dazu bereitfinden konnte, uns relativ kurz laufende Erbbaurechte zu bestellen. Für unsere erste Baumaßnahme VE 1 am Richard-Linde-Weg wurde uns im Jahre 1949 ein fünfzigjähriges Erbbaurecht eingeräumt, das im nächsten Jahr abläuft. Der Bodenwert betrug damals DM 2,50 pro qm. Der heutige Bodenwert ist dort rund DM 160,00, also das 64fache höher. Der sich so ergebende höhere Erbbauzins wird künftig wohl kaum von den dort wohnenden Mitgliedern zu tragen sein. Wir haben uns daher entschlossen, das Grundstück dann doch gleich zu kaufen und einen wesentlichen Teil des so entstehenden viel höheren Zinses in die Gesamtrechnung der genossenschaftlichen Rentabilität zu übernehmen. Das ist nur ein kleines Beispiel für Solidarität.

Diese Erbbaurechte sind in unserer Genossenschaft keine Einzelfälle. Auf dem Gojenberg bei den Bauten der 20er Jahre war der Zeitablauf schon früher eingetreten. Hier konnte mit der Stadt eine Verlängerungsregelung zu noch vertretbaren Erbbauzinserhöhungen erreicht werden. Die sonst noch bestehenden Erbbaurechte werden nach und nach ablaufen, und die Genossenschaft wird jeweils vor neuen Entscheidungen stehen. Meine Empfehlung wäre, den Versuch zu machen, in angemessenem Umfang, so wie es die Gesamrentabilität und die Liquidität der Genossenschaft zuläßt, unsere Genossenschaft in das uneingeschränkte Eigentum der Erbbaurechtsgrundstücke zu bringen. Das vermeidet den Heimfallanspruch des Erbbaurechtsausgebers und gibt den Mitgliedern zusätzliche Sicherheit für ihr Wohnen.

Weitergehende Überlegungen sind hier gefordert, und natürlich muß auch das notwendige Geld dafür in der Genossenschaft vorhanden sein.

Und damit bin ich beim letzten muß, das für das Bauen erforderlich ist. Hier hat unsere Genossenschaft immer Glück und Erfolg gehabt. Mit den ersten Anteilzahlungen der Mitglieder, die auch noch mit DM 8,40 monatlich abgezahlt werden konnten, war auf die Dauer ein größeres Bauprogramm nicht zu finanzieren.

Es half uns in der Startphase ein Eigengeldergänzungsdarlehen der Norddeutschen Treuhand, das fast zinslos und nur mit 4 % zu tilgen war. Es halfen uns Darlehen von Bergedorfer Firmen, die für ihre Mitarbeiter die Genossenschaftsanteile bezahlten. Vor allen Dingen war eine große Hilfe die Finanzierung mit zinslosen 7 C-Darlehen, die nach zehn Jahren bereits getilgt waren, und die sich daraus ergebenden sog. Entschuldungsgewinne konnten später zur Eigenfinanzierung gut verwendet werden. Auch Konjunkturprogramme des Staates verstärkten das Eigengeld und die Bautätigkeit.

Letzten Endes hat auch die seit zwanzig Jahren bestehende Sparabteilung nicht mit roten Zahlen gearbeitet. Die so entstandenen positiven Betriebsergebnisse stärkten zusätzlich das Eigenkapital. Die Zinsdegression bei Fremdmitteln führte ebenfalls zur Verbesserung der Eigenkapitalseite, so daß wir im Ganzen in den letzten Jahren gute positive Überschüsse in die Rücklagen bringen konnten. Das Geld daraus wird dringend vor allen Dingen zum Neubau benötigt, da die Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln, wie es früher üblich war, aus genossenschaftlicher Sicht heute nicht mehr verantwortet werden kann. Darüber später noch etwas mehr.

Letzten Endes haben wir immer sehr darauf geachtet, daß die Baukosten im Rahmen des Voranschlages blieben und nicht, wie oftmals bei der Öffentlichen Hand geschehen, überschritten oder sogar explodierten, so daß Finanzierungslücken entstehen mußten. Wir haben durch allgemeine Sparsamkeit anerkannte Pauschalen für Finanzierungskosten und Bauführungs- u. Verwaltungskosten nicht ausschöpfen müssen und dadurch neues Eigenkapital sozusagen selbst erwirtschaftet. Uns haben die Architekten Ohlsen und später Neumann immer gut bedient und ebenfalls zu unserem Erfolg beigetragen, indem sie während der Bauzeit eine strenge Kostenüberwachung durchführten und auf die Qualität der angebotenen Leistungen achteten. Trotzdem sind auch wir vor Bauschäden hier und dort nicht verschont geblieben.

Die Zusammenführung mit der Bergedorfer Genossenschaft, die ja schon aufgrund ihres Alters konsolidierter war und die Fusion mit der Nettelnburger Genossenschaft, die einige Ersparnisse

hatte, brachte natürlich noch weiter zusätzlich etwas Vermögen. Darauf möchte ich ganz besonders hinweisen, weil das nicht vergessen werden darf.

Es bleibt alles in allem dabei: Sparsamkeit, Umsicht und Fleiß haben uns gemeinsam, also Mitglieder, Vertreter, Funktionäre und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur heutigen Bedeutung gebracht und den großen Erfolg herbeigeführt.

V

Wie geht es weiter ? Eine Baugenossenschaft unseres gemeinnützigen Zuschnitts, und wir verhalten uns auch ohne Gesetz so, ist auf Dauer und generationsübergreifend angelegt. Wir sind keine Eigentumswohnungsverwaltungsinstitution. Unsere Wohnungen werden als Dauerwohnrecht für unsere Mitglieder erhalten, auch für die nachwachsende Generation. Die Wohnungen werden nicht verkauft oder spekulativ irgendwie verwertet. Wir haben keine Geldgeber hinter uns, die in möglichen Notsituationen mit frischem Geld einspringen und dabei meistens sachfremde Eigeninteressen verfolgen. Die Grundmaxime einer Baugenossenschaft sind Solidarität, also ein vernünftiger Ausgleich zwischen dem Eigeninteresse mit den Bindungen an die Gemeinschaft und Gerechtigkeit sowie Beachtung des Gleichbehandlungsprinzips. Also nicht krasser Egoismus und keine Sondervorteile, aber auch keine Nachteile für Mitglieder. Das gilt vordringlich für die Zahlung einer gerechten Nutzungsgebühr, also der landläufig genannten Miete.

Durch die in der Vergangenheit notwendige öffentliche Förderung, verbunden mit ihren rasenmäherartig gedeckelten Richtsatz- oder Kostenmieten, ohne Rücksicht auf Lage und Gebäudeart und den unterschiedlichen Finanzierungen der jeweiligen Jahre driftete das Mietenniveau, wenn wir nicht eingegriffen hätten, immer mehr auseinander. Eine Mietgerechtigkeit wäre sonst nicht mehr gegeben gewesen. Wohnungen in guten Wohnlagen wären vielfach pro qm billiger als Wohnungen in einem weniger guten Wohnquartier oder in einer weniger begehrten Wohnlage, z. B. Hochhäusern.

Nach fortschreitend auslaufenden Preis- und Belegungsbindungen mußte schon vor etlichen Jahren ein wohnwertbezogenes Kalkulations- und Mietmodell angedacht, erarbeitet und schrittweise eingeführt werden, um die Gleichbehandlung nach objektiven Kriterien und damit die notwendige Gerechtigkeit zum Durchbruch zu bringen. Es geht eben auf die Dauer nicht, daß einige Mitglieder in schönen Flachbauten mit Garten womöglich weniger zahlen, als Mitglieder in verdichteten Hochhäusern. Die Grenze eines solchen schrittweise einzuführenden Wohnwertmietenmodells ist nach oben bei uns nicht eine maximal oder spekulativ zu erzielende Miete, sondern die ortsübliche Vergleichsmiete. Ist sie niedriger als die genossenschaftliche Miete, wird diese gekappt. Ist die genossenschaftliche Miete niedriger als die ortsübliche Vergleichsmiete, wird nicht automatisch auf die ortsübliche Vergleichsmiete angehoben, sondern

es bleibt bei der niedrigeren Genossenschaftsmiete. Die genossenschaftliche Durchschnittsmiete liegt z. Z. bei knapp unter DM 11,00 pro qm Wohnfläche.

Obwohl seit mehreren Jahren den Mitgliedern in verschiedenen Veröffentlichungen dieses gerechte genossenschaftliche Mietensystem nahegebracht wurde, höre ich bei notwendigen Mietanhebungen immer öfter Unmut und den Hinweis: "Ja, früher war es doch bei der Genossenschaft besser und die Mieten waren auch nicht so hoch." Natürlich ist jede Erhöhung gerade bei stagnierendem Einkommen nicht willkommen. Dennoch muß ich auf folgendes hinweisen, was deutlich macht, daß eben nicht früher alles besser und billiger war. Ein Beispiel und Vergleich:

Die schon angesprochene erste Baumaßnahme mit 16 Reihenhauswohnungen im Jahre 1949 kostete einschl. Grundstück (beim Vergleich darf ich das Erbbaurecht nicht ansetzen, sondern den damaligen Bodenwert mal Grundstücksgröße) pro qm Wohnfläche DM 250,00. Heute kostet eine Wohnung incl. Grundstück pro qm Wohnfläche DM 3.600,00 (in beiden Fällen habe ich sozialen Wohnungsbau gerechnet). Die Herstellungskosten haben sich also um das 14,4-fache erhöht. Die damalige Anfangsmiete lag bei DM 1,00 pro qm Wohnfläche. Heute beträgt die Anfangsmiete im sozialen Wohnungsbau rund DM 10,00 pro qm. Würde auch hier das 14,4-fache als Steigerungswert zugrunde gelegt werden, so würde das heute im sozialen Wohnungsbau eine Anfangsmiete von DM 14,40 bedeuten. Der Unterschied ergibt sich daraus, daß der Staat in den letzten 30/40 Jahren immer höhere Subventionen aus Steuermitteln bereitstellte, wozu er nun aber heute nicht mehr in der Lage ist. Er ändert seine Förderungsbestimmungen fortlaufend zulasten der Bauherren, denn seine Kassen sind ja bekanntlich leer. Tatsache ist aber, daß die Genossenschaftsmitglieder 1949 anfangs im Verhältnis zu heute einen höheren Mietanteil gezahlt haben. Und die damaligen Wohnungen hatten im Vergleich einen viel geringeren Ausstattungsgrad.

Und wie ist es mit der Aufbringung von Eigenkapitalanteilen, also den Genossenschaftsanteilen aus? Eine Wohnung kostete damals am Richard-Linde-Weg bei 46 qm Wohnfläche DM 11.464,00. Davon mußten 10 % aufgebracht werden, also DM 1.146,00. Das war vielen nicht möglich, und durch das Erbbaurecht reduzierte sich das Eigenkapital auf etwa DM 950,00. Dadurch, daß tätige Selbsthilfe geleistet werden konnte, mußten diejenigen, die nicht selbst am Bau mit Hand anlegen konnten, die DM 950,00 bar zahlen. Die Selbsthilfeleistung konnte sehr unterschiedlich mit bis zu etwa DM 400,00 erarbeitet werden. DM 950,00 aufzubringen, war damals für manchen verdammt schwer.

Heute ist die Situation wie folgt:

Für eine 68 qm große Wohnung im sozialen Wohnungsbau wären bei 10 % Eigenkapital DM 24.500,00 erforderlich. Bei 20 % Eigenkapital, wie es neuerdings vom Staat gefordert werden muß (eben weil das Geld dort knapp ist), sind das DM 49.000,00 pro Wohnung. Unsere Genossenschaft erhebt aber im Schnitt von den Mitgliedern, die dort einziehen wollen, nur etwa DM 5.000,00 pro Wohnung. Ich kann also auch hier beim Eigengeldanteil nicht erkennen, daß es heute in der Genossenschaft schlechter gegenüber früher geworden ist.

Nein, das Gegenteil ist richtig. Durch die genossenschaftliche solidarische Gemeinschaftsleistung aller Mitglieder hat heute die Genossenschaft einen Stand erreicht, daß sie ohne die teuren öffentlichen Mittel bauen und finanzieren kann. Sicher, die Neubaumiete kann auch einmal über DM 14,40 pro qm liegen, aber dafür sind die Wohnungen frei von Belegungsbindungen und frei von Fehlbelegungsabgaben. Nur eines geht nicht: Der Bauumfang ist nicht mehr wie zu Zeiten von Werner Neben, der damals 300 - 500 Wohnungen pro Jahr bauen konnte, möglich, sondern es geht nur bei einer Reduzierung der Bauleistung auf 20 % der damaligen Wohnungsanzahl, also 60, 80 bis etwa 100 Wohneinheiten pro Jahr. Wir würden uns übernehmen, wenn wir diese Jahresquoten erheblich überschreiten wollten.

Und folgendes ist noch zu beachten: Unsere Genossenschaft muß für alles, was sie tut, Marktpreise bezahlen: Für Bauland, das immer noch überproportional teuer ist, für die Bauleistungen der ausführenden Firmen, für die Handwerksfirmen bei Reparaturen, für Serviceleistungen der Firmen usw. Außerdem erwarten unsere Mitglieder, die bei uns sparen, einen marktüblichen Zins, der gern ein wenig höher als anderswo sein sollte. Wenn man dagegen gestoppte oder sogar auf breiter Front sinkende Mietpreise erheben müßte, wäre die Genossenschaft in wenigen Jahren in wirtschaftlichen Schwierigkeiten; ganz abgesehen davon, daß sie das schon sowieso sehr viel geringere jährliche Bauvolumen auf Null zu bringen hätte. Möglicherweise müßten sogar notwendige Modernisierungen zurückgestellt und Reparaturen verzögert werden.

Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, früher war es nicht besser, sondern ganz anders. Die Menschen haben sich geändert, Solidarität wird mehr und mehr ein Fremdwort, der Egoismus nimmt in unserer Gesellschaft zu und unsere Ansprüche sind gestiegen. Ansprüche von denen damals 1949 kein Baugenosse zu träumen gewagt hätte. Ich weise nur auf den Individualverkehr mit dem eigenen PKW hin oder - wie bei vielen selbstverständlich - auf die Urlaubsreise. Ich kritisiere das überhaupt nicht, freue mich über die Entwicklung des Lebensstandards, stelle das aber auch fest, um unsere Vertreterinnen und Vertreter und die Mitglieder zu bitten einzusehen, daß Vorurteile, die da lauten wie "früher war alles in der Genossenschaft besser" nicht zutreffen.

Man darf dabei ja auch nicht vergessen, daß sich die Einkommen von 1949 zu heute entsprechend entwickelt haben. Auch das könnte ich mit Zahlen beweisen.

Dennoch, es gibt Mitglieder, die auch heute in bedrängten Verhältnissen leben müssen. Die individuelle staatliche Mietbeihilfe, also das Wohngeld, reicht nicht. Es muß dringend erhöht werden. Das ist meine dringlichste Forderung an die Politik.

Auch sonst hat sich das Verhalten der Menschen, auch unserer Mitglieder, verändert. Wir haben noch nie so viele Anträge auf Mietsenkung gehabt, wie heute. Z. B. wenn in der Nachbarschaft von unserer Genossenschaft ein neues Haus errichtet wird und etwas Lärm entsteht. Oder weil Mitglieder untereinander Streit über tatsächlichen oder vermeintlichen Krach haben. Diese Beispiele könnte ich erweitern, unterlasse das aber aus Zeitgründen. Auch die Rückgabe von Genossenschaftswohnungen beim Auszug wird immer problematischer. Problematischer, weil vielfach die Wohnungen heruntergewirtschaftet wurden und man die übernommenen Pflichten auf schonende Behandlung des genossenschaftlichen Eigentums und die Durchführung von vertraglichen Schönheitsreparaturen einfach in den Wind geschlagen hat. Man bürdet die daraus erwachsenden Kosten dann der Genossenschaft auf, und das alles mit zunehmender Tendenz. Wir bewegen uns hier auf die DM 200.000,00 p. a. zu.

Und letzten Endes haben wir zur Kenntnis zu nehmen, daß sich - ganz allgemein gesehen - in unserer Bevölkerung sonst noch erhebliche Veränderungen und Verschiebungen ergeben. Der Anteil von Zuwanderern wird weiter zunehmen, und wenn irgendwo in Europa und darüber hinaus aus kriegerischen Auseinandersetzungen oder anderen Gründen wieder Wanderungsbewegungen einsetzen, nimmt die Zuwanderung gerade bei uns in Deutschland als Zentralstaat in Mitteleuropa zu. Selbst wenn es keine Auseinandersetzungen anderswo gibt, werden wir - nein, wir sind es schon - ein Einwanderungsland. Das muß für die Erhaltung der Vitalität unseres Landes von vornherein gar nicht nachteilig sein. Eine solche Zuwanderung muß aber in geregelte Bahnen gelenkt werden. Auch hier ist die Politik gefordert. Entsprechende Einwanderungsgesetze, wie sie in anderen Staaten ganz selbstverständlich sind, fehlen bei uns noch. Die Bevölkerungsumschichtungen werden nicht konfliktfrei bleiben, wenn man Deutsche und Zugewanderte sich selbst überläßt. Hier kann der Solidaritätsgedanke des Genossenschaftswesens helfen. Indem wir uns engagieren mit ehrenamtlichem Einsatz und mit Geld, helfen wir den neuen Mitbürgern. Damit helfen wir auch den Alteingesessenen und damit uns selbst.

Darüber hinaus gibt es vermehrt noch andere soziale Probleme, die der Staat allein nicht lösen kann. Deswegen wollen wir ja zu der Stiftung kommen. Wie das funktionieren soll, wenn Sie,

liebe Vertreterinnen und Vertreter, im Juni der notwendigen Dotierung zustimmen, wird mein Kollege Marburg Ihnen anschließend darstellen.

VI

Sie merken schon, ich könnte über genossenschaftliche Erfolge aber auch über Zukunftsprobleme noch viele weitere Ausführungen machen. Ich möchte Ihnen das schon aus rein zeitlichen Gründen nicht zumuten.

Allerdings muß ich noch auf die Einführung des Euro hinweisen. Das wird - ganz allgemein gesehen - noch viele Probleme bringen. Auch in unserer Genossenschaft werden wir uns darüber unterhalten müssen, wie zum Beispiel die Genossenschaftsanteile zu stückeln sind, denn das Verhältnis DM zu Euro ist ja nicht eins zu eins. Wir müssen uns alle also darauf einstellen, daß wir spätestens im Jahre 2000 unsere Satzung insoweit umstellen müssen.

Die Gegenwart ist geprägt von viel Unsicherheit, Veränderungen und ungelösten Dingen. Unsere Genossenschaft muß das Pulver trocken halten, also wirtschaftlich gesund bleiben. Ich betone es nochmals: Hinter uns steht im Notfall weder der Staat noch irgendein Geldgeber. Die genossenschaftliche Selbsthilfe muß das alles allein bewältigen.

Freuen wir uns aber alle, daß es in den vergangenen 50 Jahren gelungen ist, eine so große und gute Genossenschaft auß dem Nichts heraus zu schaffen. Das muß - ich will es nochmals unterstreichen - erhalten, gefestigt und maßvoll weiterentwickelt werden.

In den Gremien Vorstand und Aufsichtsrat ist in den letzten Jahren ein weiterer Generationswechsel eingeleitet worden. Alle jüngeren Kollegen tragen den gleichen genossenschaftlichen Impetus in sich, wie wir älteren. Ich bin ganz sicher, sie, die jungen Kolleginnen und Kollegen, wo immer sie Verantwortung tragen, z. B. als Mitgliedervertreter oder als Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder, werden die Zukunft der Genossenschaft zum Wohle unserer vielen Genossenschaftsmitglieder und zu deren Sicherheit positiv und damit gut gestalten können.

Joachim Meisler